

# Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

werden 6. Sept. 1919. 11 Uhr, für die Sonntags-Druckerei...

Nr. 399.

Halle, Mittwoch, den 27. August.

1919.

## Gehorsamerweigerung im Baltikum.

Die deutschen Truppen in Lettland verlangen Erfüllung ihres Vertrages: Bürger- und Siedlungsrecht.

### Die Eisernen Division will das Baltikum nicht verlassen.

WTB. Mittau, 26. August. (Drahtnachricht.) Hebräe Gehorsamerweigerung deutscher, im Baltikum stehender Truppenteile wird folgendes gemeldet: Die lettische Regierung hat den im Baltikum im Kampfe gegen die Bolschewisten stehenden Truppen Bürgerrecht zwecks Ansiedlung versprochen. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Die deutsche Regierung hat gegenüber dieser Stellungnahme der lettischen Regierung die Zurückziehung der Truppen angeordnet. Die Kommission, die die Truppen im Interesse ihrer Forderung auf die Erfüllung der Regierung gelangt hatte, wurde wohlwollende Erwägung zugesichert. Die Truppen, die aus dem Bereich der Kommission und der Forderung der fortwährenden Verbesserung wohl erkannt, daß ihre Strebungen nach Aufrechterhaltung ihrer Rechte auf Bekämpfung des Bolschewismus außerhalb der Grenzen Deutschlands nicht Unterdrückung findet, wollen sich nicht auflösen lassen und haben durch ihre Vertreter am Sonntag folgenden Beschluß gefaßt:

Wir sämtlich in Lettland stehenden Truppen sind fest entschlossen, unter allen Umständen unsere mit unserem Blut nothwendig erworbenen, durch Vertrag erworbenen Rechte auf Bürgerrecht und Siedlung in Lettland aufrechtzuerhalten. In festestem Vertrauen zu unseren Führern, bitten wir diese, mit uns auszuhalten und nicht zuzulassen, daß wir uns unsere Zukunft betrogen werden. Wir bitten einstimmig Herrn General Bischof, diese unsere Bitte unseren Oberbefehlshaber, Herrn Grafen von der Goltz, vorzutragen. Im Namen der Delegiertenversammlung. Gen. Pionier Engelst. 2. Pionierkompanie der Eisernen Division.

In Ausführung dieses Beschlusses wurden folgende Telegramme abgeschickt:

In den Oberpräsidenten Winiński. Sämtliche reichsdeutsche Truppen, durch ihre Abgeordneten heute in Mittau vertreten, haben beschlossen, hier im Lande zu bleiben. Sie wollen Erfüllung des Versprechens des Bürgerrechts und der Ansiedlung, haben ihre Führer um Unterdrückung gebeten und sind bereit, alle Anstrengungen zu machen, um unsere Rechte verteidigen und unsere Zukunft auf eigener Scholle im Baltikum sicherstellen zu helfen.

Für die Delegiertenversammlung. Gen. Pionier Engelst.

In Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer, Nationalversammlung und Reichswehrminister Noke:

Sämtliche reichsdeutsche Truppen durch ihre Abgeordneten heute hier in Mittau vertreten, haben beschlossen, hier im Lande zu bleiben. Sie wollen Erfüllung der Forderungen der vorkrieglichen Mittelschichten abgeben, das Interesse der Soldaten soll und ganz zu wahren.

Hierzu wurde uns von zufälliger Seite mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat noch vor kurzem, als der lettische Gesandte Schneider sein Beglaubigungsschreiben überreichte, die lettische Regierung auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die deutschen Truppen, wenn die im Baltikum stehenden Truppen dem Beschluß der Regierung entgegen jene Gebenden nicht verlassen wollten in denen sie sich aufzuhalten wollten, weil ihnen durch den Vertrag vom 23. Dezember 1918 das lettische Bürgerrecht versprochen war. Damit hat die deutsche Regierung das Versprechen erfüllt, daß sie den Truppenbewilligungen gegeben hatte, welche in Weimar beschlossen worden waren und die Stimmung der Truppen geschäftigt hatten. Im übrigen ist die Reichsregierung verpflichtet, den Friedensvertrag zu erfüllen. Sie muß deshalb mit allem Nachdruck darauf bestehen bleiben, daß die Rücknahme des Baltikums nicht leichtfertig erfolge.

Der Erfolg Disziplin gegen etwaige Einflüsse bolschewistischer Bänder hat an der Kriegsgrenze zu prüfen werden.

Im Zusammenhang mit der Rücknahme des Baltikums war auch die Wiederlegung des 6. Armeekorps angeordnet und der Oberkommandierende dieses Korps Graf von der Goltz hatte Befehl, nicht mehr nach Mittau zurückzuführen. Als Graf von der Goltz von der Goltz in der Goltz ein Schreiben erhielt, hielt er sich für verpflichtet, auf eigene Verantwortung nach dem Baltikum zurückzuführen, um seinen Einsatz auf die Truppen geltend zu machen. Infolge der Urteile kam es zu Mittau zu Zusammenstößen mit lettischen Milizen, wobei zwei lettische Kompanien erbeutet und die lettische Kommandantur geschleift wurde. Graf von der Goltz hat in einem Schreiben an den lettischen Oberbefehlshaber dies gemeldet, um die Deutschen auszusprechen und eingehende Untersuchung zu verlangen, sowie angeordnet, daß die wagemutigen Klassen nicht zurückgezogen werden. Graf von der Goltz hat außerdem einen Bericht

besteht an die Truppen erlassen, in dem die Wiederholung der Truppen gegen den Beschluß der Regierung gemißbilligt wird. Die Regierung hat Verständnis für die Stimmung, die unter den freiwilligen herrscht, die sich deshalb anwenden können, weil sie auf Anhebung im Baltikum bestehen. Aber sie hat nicht die Macht, die Wünsche der Truppen zu erfüllen. Die Regierung erwartet aber von den im Baltikum stehenden Truppenführern, daß sie die Truppen über die vorgeschriebenen Folgen ihrer Disziplinlosigkeit aufklären und zum Gehorsam zurückbringen werden.

### Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes in Oberschlesien.

WTB. Breslau, 26. August. (Drahtnachricht.) Nachdem im oberschlesischen Kohlengebiet wiederum Ruhe und Ordnung herrscht, die Arbeiten in den Gruben und Hüttenwerken zurückgefallen sind, wie auch die Truppen sich beruhigt haben, so hat die Reichsregierung beschlossen, die Verschärfung der Belagerung zu beenden und durch die vollständige Eingliederung der Reichswehrtruppen der Zustand der polnischen Randgebiete und Grenzgebiete niederzuschlagen ist, hat die Reichsregierung beschlossen, die Verschärfung der Belagerung zu beenden und durch die vollständige Eingliederung der Reichswehrtruppen der Zustand der polnischen Randgebiete und Grenzgebiete niederzuschlagen ist, hat die Reichsregierung beschlossen, die Verschärfung der Belagerung zu beenden und durch die vollständige Eingliederung der Reichswehrtruppen der Zustand der polnischen Randgebiete und Grenzgebiete niederzuschlagen ist.

Im Gegenzug ist obiger Beschluß erlassen wie nach folgende Nachricht:

Doppeln, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die in den letzten Tagen beobachtete Ruhe in Oberschlesien scheint, wie gemeldet wird, nur eine Ruhe vor neuen Stürmen zu sein. Es sieht sehr nach einer weiteren Ausbreitung des Generalstreiks aus, doch scheint die polnische Seite sich für eine Lösung der Krise zu bemühen. Die Aufhebung der Verschärfung der Belagerung hat dazu geführt, daß die Polen wieder Oberwasser bekommen haben, da sie genötigt sind, anzunehmen, die deutsche Regierung werde ihre Drohungen doch nicht wahrnehmen. Außerdem sind die in Oberschlesien bisher einsetzenden Reichswehrtruppen zu schwach und haben leider die Grenze nicht zu besetzen können, daß jeglicher Verkehr über die Grenze unterbunden ist. Aus diesem Grunde ist es einer großen Anzahl polnischer Aufständiger möglich gewesen, sich in Polen erneut zu versammeln und mit regulären polnischen Truppen in nicht unbedeutender Stärke wieder über die deutsche Grenze zu kommen. Die Folgen zeigen sich bereits in zahlreichen Überfällen, insbesondere im Attentat auf Keiser und im Attentat auf die Reichswehrtruppen. Die polnische Regierung hat die Polen einzubringen. Auch an der schlesischen Grenze bei Ziegenhals ist bereits vor einigen Tagen eine erhebliche Verstärkung der Lage eingetroffen.

### Die Entente-Kommission in Gleiwitz.

WTB. Gleiwitz, 26. August. Die Entente-Kommission hatte heute Verhandlungen mit der Reichswehrbrigade in Gleiwitz. Hieraus wurde eine Abordnung aus Gleiwitz entsandt. Coburn besaß sich die Entente-Kommission nach Hindenburg und Breslau in zahlreichen Überfällen, insbesondere im Attentat auf Keiser und im Attentat auf die Reichswehrtruppen. Die polnische Regierung hat die Polen einzubringen. Auch an der schlesischen Grenze bei Ziegenhals ist bereits vor einigen Tagen eine erhebliche Verstärkung der Lage eingetroffen.

### Anfrage des Obersten Rates wegen der Truppenzahl für Oberschlesien.

WTB. Amsterd., 26. August. (Drahtnachricht.) Das Reichsamt Radio meldet aus Brüssel, daß der Oberste Rat in Paris an General Dronot eine Anfrage bezüglich der Zahl und der Art der Truppen gerichtet habe, die erforderlich ist, um die Verschärfung der Belagerung in Oberschlesien zu beenden.

### England für die Volksabstimmung

Basel, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Im Unterhaus teilte Lord George, wie die Daily News melden, mit, daß Oberschlesien nur im Falle der Volksabstimmung an Deutschland oder Polen zurückfallen ließe. Der Schlußfolgerung der Kohlenförderung werde von den Militeern zurückgezogen.

### Die Amerikaner räumen das mexikanische Gebiet wieder.

WTB. Amsterd., 26. August. (Drahtnachricht.) Es wird berichtet aus London, daß die amerikanische Kommandoarmee nach ihrer Besetzung der mexikanischen Gebiete von den Amerikanern wieder geräumt werden wird.

### Friedrich Naumann außerhalb der Politik.

Persönliches und Literarisches.

—er. Berlin, 26. August 1919.

Der so plötzlich verstorbene Friedrich Naumann war mehr als ein Parlamentarier, mehr als ein politischer Schriftsteller. Das wissen alle, die ihn auch nur einmal reden hörten. Das wissen ganz besonders diejenigen, die das Glück hatten, ihm persönlich näher zu treten. Josef Friedrich Naumann war Sachse. Seine etwas herbe, jedoch Art im persönlichen Verkehr mußte zunächst etwas nobelhaft an. Geht rasch allerdings entdeckte man hinter der harten Hülle ein überaus liebenswürdiges und mitteilbares Gemüt. Naumann war verheiratet mit Magdalena Zimmermann, der Tochter eines sächsischen Geistlichen. Mit seiner Gattin lebte Naumann in ihrer, einfacher Heinstätte. Er liebte seine verheiratete Tochter über alles. Doch fehlte ihm der Sohn, der Stammhalter, und er litt darunter. Naumann hat seinen jüngsten Bruder in Döberitz ertragen, wie er überhaupt Vaterkette an seinen Brüdern verlor hat. Eine seiner Schwägerinnen hat der bekannte Theologe Prof. Dr. Nade in Marburg geheiratet. Eine andere Schwägerin lebt in Berlin als Lehrerin. Naumanns einzige Erziehung von der aufrechten Arbeit, der er sich ungelobte hingab, war die zweite Klasse, die er mit allein unternahm. Er bereiste noch in seinen Friedenszeiten Nordafrika, Kleinasien, Ungarn, Palästina, Ägypten, mehrfach Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark. Seine Reiseerzählungen schrieb er entweder in besonderen Aufsätzen und Reisebüchern oder aber in vertriebenen in seiner großzügigen Weise mit politischer Sintergründe in einem umfassenden Werke, wie z. B. in „Asien“. Stets ging er dabei in die wirtschaftlichen Tiefen des Landes, durch das er zog, und hörte das Wort des Volkes rauschen, mit dem er in Verbindung kam. Man denke nur an die Wald- und Holzprophetie seiner Schilderungen Ungarns. England hat er leider nicht bereist. Bei der Englandreise der deutschen Journalisten 1906 lag der Herausgeber der „Hilfe“, obwohl eingeladen, die Kollegen von der Feder allein nach London ziehen. Doch wurde seine „Richtung“ durch Theodor Barth und einen „Hilfs“-Redakteur Roth vertreten. Naumann besuchte leidenschaftlich gerne Ausstellungen. Und gerade hier wurde ihm Sinn, Weisheit und Zweck der Volkswirtschaft so richtig klar. Hier erkannte er die Kaufkraftverhältnisse, die Währungs- und Bedürfnisse des Volkswirtschafts. Hier hörte er das Klagen des Volkes, der aus der Gegend seines Zukunftsaufbaues, des Maschinenzeitalters herwog. Unvergesslich war, was Naumann in seinen Ausstellungsreisen über die Welt sah. Mit dieser Weltkenntnis des Zeitgenossen ist Naumanns allgemeine Kunst- und Naturbetrachtung eng verknüpft. Und es ist nicht weniger bekannt, daß Naumann auf seinen Reisen ein unerwählter Zeichner und Aquarellmaler war und daß er darauf ähnlich wie Goethe einen unverhältnismäßig großen Teil seiner Zeit und Arbeitskraft verwendete. Das Zeichnen und Malen als Unterfertigung seiner volkswirtschaftlichen Studien war mit einer Folge seines unstillbaren Triebes, in das innerste aller Dinge einzudringen, ihnen alle Seiten und Beziehungen abzugewinnen. Erquidend fand seine kunstgewerblichen Studien, die wiederum volkswirtschaftlich mit seiner Forderung: „Wir brauchen Qualitätsarbeiter in Deutschland“ zusammenhängen. Er meint, „es gibt Künstler, die ohne Worte predigen können“. An einer anderen Stelle heißt es: „Ich finde, daß man keine Ware in der Welt versteht, von deren Entstehung man keine Vorstellung hat. Man muß auch bei den Dingen, die um uns sind, biographisch verfahren, nicht nur in der Literaturgeschichte“. Naumann besaß keine Gegenstände, bis sie mit allen ihren Wurzeln und Weisheiten kapitalisiert. Er rang mit ihnen. „Ich lasse dich nicht, du legst mich denn“. Damit wurde der etwas paradox klingende Satz Emile Zolas, daß Genie im Grunde nichts andere sei als Fleiß, Eier (pfeil), bekämpft. Als Philosoph betrachtet hat Naumann mit Nietzsche das eine gemeinam, daß er alle Tugenden der Begriffe jatzsch, daß er Werte umwertete. Daraus erklärt sich auch der allzu neu prägnante Stil, der jedes Klischee verwirft, jede neue Phrase verabscheut. Er unterwarf sich aber auch dem Nietzsche weisheitlich durch sein großes Verantwortungsbewußt. Er braucht nicht, er trägt. Es ist also nicht mehr Goethe der Intelligenz, sondern des Charakters. Naumann spielt nicht mit denen, die ihn lesen wollen. Leider ist es ihm zu wenig Zeitgenossen Obacht nicht immer noch die

Vertical text on the left margin, including names and numbers.

# Zuverlässliche Stimmung der Reichswehr

Berlin, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Von maßgebender militärischer Seite wird mitgeteilt, daß alle vorhandenen Anzeichen darauf hindeuten lassen, daß der von einem Teile der linksradikalen propagandistische Generalität wegen der Maßnahmen des Kommandos Rost gegen den unabhängigen kommunalistischen Berliner Volkskongress wahrscheinlich jetzt noch nicht zur Ausführung gelangt. Es sind Gründe vorhanden, anzunehmen, daß vielmehr die Aufhebung des Generalstabs beschlossen worden ist. Weiter hält man es nach den vorhandenen Anzeichen für wahrscheinlich, daß von linksradikaler Seite versucht werden wird, im Zusammenhang der Revolution, am 1. November, einen neuen Anmarsch ins Reich zu leiten. Militärischerseits wird verifiziert, daß man, falls dieser Versuch unternommen werden sollte, mit allen erforderlichen militärischen Maßnahmen ihm entgegenzutreten werde. Trotzdem nach Obererichten beträchtliche Truppenmengen entsandt sind, vertritt man noch immer über gezielte militärische Kräfte, um jeden Unfallschutz zu gewährleisten. Von militärischer Seite wird angenommen, daß die heute Abend stattfindenden Abstimmungen der linksradikalen ruhig verlaufen werden. Man hat darum auch von größeren militärischen Vorbereitungen Abstand genommen, jedoch wird, um gegen etwaige Zwischenfälle gerüstet zu sein, die Zahl der Mannschaftenverordnungen in den Berliner Kasernen eingeschärft. Auch die Militärs müssen sich in den Kasernen aufhalten. Außer dieser Anwesenheitspflicht sind keine weiteren Maßnahmen getroffen worden, da man sie nicht für erforderlich hält.

## Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

WTB. Bern, 26. August. Meldung der Schweizerischen Depeschentelegraphen. Das internationale Komitee vom Roten Kreuz verwendet sich in einem Briefe vom 22. August beim internationalen Komitee der Roten Kreuz für eine möglichst rasche Entlassung der Kriegsgefangenen aus den Entente-Ländern. Trotz des formellen Bundes, daß der Friedensvertrag immer noch nicht von drei Großmächten der Alliierten unterzeichnet sei, sollte der darin vorgesehene Heimabschluß der Kriegsgefangenen nun doch nichts mehr im Wege stehen, und man müßte schon jetzt die Mittel und Wege dafür prüfen. Das heute vorliegende Problem erweise infolge der großen Zahl von Kriegsgefangenen in den Entente-Ländern, die sich auf die verschiedensten Gegenden, auch außerhalb Europas, verteilen, verwickelter als jeherzeit die Heimführung der alliierten Kriegsgefangenen aus den Zentralmächten. Wenn die Heimführung der beträchtlichen Menschenmassen sofort nach Inkrafttreten des Vertrages beginnen würde, so würde sich schon vor Eintreten des Winters handeln sein. Deshalb wünscht das Komitee dringend, daß die in Artikel 215 vorgesehene Sonderkommission in den Stand gesetzt wird, ihre Arbeiten sofort zu beginnen, und daß ferner die Kommissionsmitglieder eingesetzt werden, um mit der österreichischen Delegation zu beraten. Diese Maßnahmen würden beweisen, daß die Entente die Kriegsgefangenen nicht einer weiteren Kriegsgefangenschaft aussetzen und Anordnungen treffen wolle, um die rasche Durchführung einer der Hauptbestimmungen des Friedensvertrages zu ermöglichen.

## Deutsche Kriegsgefangene aus Serbien zurück.

WTB. München, 26. August. Gestern sind 2500 Angehörige der ehemaligen Kernerstellung Söldner aus der Gefangenschaft in Serbien in dem Durchgangslager Besiedel eingetroffen und dort leiblich empfangen worden. Der Kommandant des Durchgangslagers, Oberst Beckel, hielt eine kurze Ansprache und verlas die vom Reichspräsidenten Hert und vom Reichsminister eingegangenen warmherzigen Begrüßungstelegramme, die mit herzlichem Befall aufgenommen worden. Im Auftrage der Reichsregierung war Abgeordneter Schürmer, Mitglied der deutschen Nationalversammlung, zur Begrüßung erschienen, der den Heimgekehrten herzlich dankte für all das, was sie im Kriege und in der Gefangenschaft für das Vaterland und das Volk geleistet und erduldet haben. Seine Mahnung, namentlich an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft mitzuwirken, um so sich und der Heimatheit zu nähern, wurde beifällig aufgenommen. Nachher entwickelte sich im Lager unter Mitwirkung einer Musikkapelle ein festliches Leben. Die vom Roten Kreuz verteilten Siebesgaben trugen mit dazu bei, das frohe Gefühl der Heimgekehrten zu heben. Es ist auch im Lager alles vorbereitet, um den zurückkehrenden Gefangenen die kurze Zeit ihres Verweilens so angenehm als möglich zu machen.

## Entschlossene Kriegsgefangener.

WTB. Amsterdam, 26. August. Telegramm meldet aus Moskau, daß ein deutscher Kriegsgefangener, der bei Cadix verhaftet, nach Holland zu flüchten, von der belgischen Grenzgarde erschossen wurde.

## Neuer Konfliktsstoff in Amerika.

Deutschfeindlicher Beschluß des Repräsentantenhauses. WTW. Frankfurt a. M., 26. August. Die franz. Zeitung meldet aus New York: Das Repräsentantenhaus hat dem Hochschulsekretär für Westamerica, durch die Einreise der deutschen Kreuzfahrtschiffe unmöglich wird, zugewinkt. Die Demolitionskräfte gegen die Verträge. Der Präsident hat jetzt wahrscheinlich sein Weis gegeben.

## Die Schantungfrage im amerikanischen Senat.

WTB. Berlin, 26. August. Nach dem Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington ist der Beschluß des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten betreffend Schantung in Amerika als eine Kriegserklärung an Wilson aufgesetzt worden. Die republikanische Opposition ist jetzt stifer, die Ablehnung des Friedensvertrages zu verlangen. Sie wolle vorschlagen, daß der Kongress eine Resolution annehmen solle, durch die der Kriegszustand für beendet erklärt und der Präsident ermächtigt werde, geschäftliche und diplomatische Beziehungen mit den feindlichen Ländern wieder aufzunehmen. In den

Willen nachfolgenden Kreisen vertritt man die Ansicht, daß wenn das Amendement des Senatsausschusses angenommen werde, England, Frankreich, Italien und Japan wieder zu ihren gemeinsamen Abkommen von 1915 zurückgeführt würden, und daß dann Schantung doch in den Händen Japans bleibe. Der Sonderberichterstatter mahnt noch darauf aufmerksam, daß der Senatsausschluß jetzt einen Keimtrug und jedenfalls einen gefährlichen Vorwand darstellt, der für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintritt. Die Diskussion im Senat könne unter diesen Umständen mehrere Monate dauern.

## Das Valutagespenfi.

Haag, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Times“ erzählt von einem finanziellen Mitarbeiter in New York, daß der französische Beschäftigte Herrmanns in London ein engere Zusammenwirken zwischen britischen und amerikanischen Finanzleuten wegen der Valutagespenfi bezwecke. Schon jetzt ergibt sich, daß die ungenügende Beschäftigung des Pfund Sterling-Kurses die Annulierung einer großen Anzahl englischer Wertpapiere in Amerika veranlaßt hat.

## Englischer Dämpfer für Frankreich?

Amsterd., 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Der Sonderberichterstatter des „Handelsblatts“ mit von wohlunterrichteter Seite erfahren haben, daß in der jüngsten Zeit ernste Zweifelheiten zwischen England und Frankreich über die Bedeutung des linken Rheingebietes und wegen der von Frankreich fortgesetzten Schiffsverkehrs Beschränkungen für eine zeitliche Neutralität entstanden sind. England nimmt eine entscheidende Abscheidung bezüglich des linken Rheingebietes über die geübliche Form der französischen Expedition auf. England hat die Franzosen wissen lassen, daß die Ausdehnung dieser Bewegung auf das von den Engländern besetzte Gebiet entschieden abgelehnt werden wird und hat weiter die Auslieferung Dr. Dorrens veranlaßt, sowie die Veröffentlichung eines britischen Befehls, daß die Verankerung in der Verwaltung des Rheingebietes ohne vorherige Genehmigung stattfinden dürfen.

## England und die Hafentage auf Osef und Dand.

Kopenhagen, 26. August. Das hiesige amtliche esmische Pressebüro bemerkt die aus Helsingfors kommende Meldung, England habe mit der estnischen Regierung Verhandlungen eingeleitet wegen Forderung der Inseln Osef und Dand, um dieselben ohne Saften anzulegen, und habe eine Konvention für den Bau einer Bahn nach Rußland gefordert, und erklärt diese Meldung für vollkommen unzutreffend.

## Vermehrte Kohlenförderung in England.

Amsterdam, 26. August. Das Pressebüro Tokio meldet, daß der Vorsitzende des britischen Bergarbeiterverbandes Smille in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Reefin Dispatch“ erklärte, innerhalb kurzer Zeit, vielleicht nur einiger Monate, werde die Kohlenförderung in England um viele Millionen Tonnen vermehrt werden. Wahrscheinlich werde auch eine Ermäßigung des Kohlenpreises eintreten.

## Deutschostafrikanisches Gebiet für Belgien.

WTB. Berlin, 26. August. Nach dem XX. Elefte soll der Oberste Rat der Alliierten das zwischen der englischen und der belgischen Regierung getroffene Abkommen genehmigt haben, wonach der größte Teil der Gebiete von Urundi und Ruanda in Deutsch-Ostafrika Belgien zugesprochen wird.

## Allgemeine Wehrpflicht in Belgien.

WTB. Berlin, 26. August. Nach dem Brüsseler Korrespondenten der „Gazette de Sun“, der stets gut unterrichtet über die Wälfchen des Ministeriums ist, soll in Belgien die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Die Dienstzeit betrage ein Jahr.

## Jammer langsam voran.

Berlin, 26. August. Der Friedensauschluß des Senats hielt gestern vormittag eine Sitzung ab. Ministerpräsident Clemenceau gab einen Überblick über den Verlauf der Friedensverhandlungen und beantwortete eine Reihe an ihn gerichteter Fragen. Der Auschluß vertagte sich auf Freitag, um den Bericht von Bourgeois in erster Sitzung zu besprechen.

## Vor dem Sturz der Moskauer Räteregierung.

Basel, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) „Deutscher Post“ meldet aus Paris: Der Oberste Rat hat am Samstagabend die militärischen Maßnahmen gegen Sowjetrußland festgelegt. Es ist also der Sturz der Moskauer Räteregierung noch in diesem Jahre zu erhoffen.

## Die Bolschewisten erleiden Niederlage um Niederlage.

Haag, 26. August. (Eig. Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: „Central News“ erfahren aus Warschau, daß die polnischen Truppen den Bolschewisten auf der litauischen Front eine schwere Niederlage beibrachten. Eine bolschewistische Brigade wurde umzingelt und belagert genommen. Auch der Reichsheer General Gogolev ist in die Hände der Polen gefallen.

## Einkaufung der Waffenlieferung an Rumänien.

WTB. Paris, 26. August. Reuters. Der Wirtschaftsrat hat der rumänischen Regierung mitgeteilt, daß infolge ihres Vorgehens eine Kontrolle über die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial ausführen werden, und daß keine Lieferung dieser Art Rumänien erreichen dürfen.

## Zur Kohlenreise in Süddeutschland.

WTB. Stuttgart, 26. August. Die heute im hiesigen Rathaus versammelten Vertreter der süddeutschen Städte setzten zur Frage der Kohlenreise einstimmig eine Entschloßung, in der sie die bezügliche Versorgung der Städte mit Brennstoffen für unzulässig erklärten und schon jetzt auf die bald nach Eintritt des Winters infolge Brennstoffmangels zu erwartenden Uebel aufmerksam machten. Sie

fordern Beseitigung gegenüber den Indigen auf die Zufuhrverhältnisse günstiger gelassenen Bestenstellen und ein Eingreifen der obersten Reichsstellen umgibt eine Verbesserung der Kohlenversorgung Süddeutschlands. Sie wenden sich an die Bergarbeiter in der Erwartung, daß sie die Kohlenförderung mit vernehmtem Nachdruck betreiben. Es wurde beschlossen, eine Kommission, der auch Arbeitvertreter angehören, nach den mitteldeutschen Kohlengebieten und dem Ruhrgebiet zu senden, um mit der Bergarbeiterschaft persönliche Fühlung zu nehmen.

## Keine Einleitungen für Österreich.

WTB. Berlin, 26. August. Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung eingehend mit dem österreichischen Friedensvertrag. Die Arbeit soll in einer heute vormittag stattfindenden Sitzung fortgesetzt werden.

Nach dem „Echo de Paris“ haben die Oesterreicher keine nennenswerten Einleitungen zu erwarten. Der englische Vorkämpfer, Deutschland, sei als ein neuer Vertrag zu betrachten, der keine Verantwortung an den Oesterreichern von 1914 fordere, sei es selbst als ein Vertrag, mit der Begründung, daß die jüngste Gründung eines Donaubundes veranlaßt.

„Rhein“ weiß besonders auf die Notwendigkeit hin, die absolute Propaganda in Oesterreich unmöglich zu machen, damit jede Gefahr eines Anschlusses Oesterreichs an Deutschland ausgeschlossen bleibe.

## Die österreichischen Schiefer gegen Tschechisierung.

WTB. Wien, 26. August. Die „Neue Freie Presse“ bringt einen Protest der tschechischen Gemeinden gegen die Tschechisierung durch die Behörden. Deutsche Beamte werden aus der Heimat vertrieben und in die Exorale verlegt, während unter die deutsche Bevölkerung Böhmens, Schlesiens und Währens tschechische Beamte verlegt werden, die sich in Gegenraz zur Bevölkerung stellen.

## Diplomatische Verkehre mit Norwegen.

WTB. Christiania, 26. August. König Haakon empfing gestern den deutschen Gesandten von Moltke in Audern im Rahmen des Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

## Die Landarbeiterbewegung in Pommern.

WTB. Berlin, 26. August. Amstich wird mitgeteilt: Ein Teil der Pommern bringt, von gewisser Seite falsch unterrichtet, erneut der Tschechen nicht entsprechende Darstellungen über Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Es wird davon gesprochen, daß in vier Amtsbezirken des Kreises Grimmen, die etwa ein Sechstel der Kreisfläche ausmachen, eine rein lokale Arbeitsverhältnisse durch die Arbeitslosigkeit bei der Arbeitslosigkeit hat. An dieser Arbeitsverhältnisse war nur ein Teil der Arbeiter beteiligt. In den Kreisen Greifswald, Franzburg und Kolberg herrscht noch heutiger tschechischer Nachfrage vollkommen Ruhe. Die Landarbeiterverbände sind bei sämtlichen Verhandlungen für strikte Innehaltung der abgeschlossenen Tarifverträge eingetreten und haben in diesem Sinne auf die Arbeiter eingewirkt. Vorgesetzten gemeldete Arbeitsverhältnisse auf einigen Gütern des Kreises Neustettin, in dem bis vor kurzem als Landrat Herr von Dettmer tätig war, haben ihren Grund darin, daß entgegen mehrfacher amtlicher Anweisung, wobei die gemäß der Verordnung vom 23. 12. 1918 zu bildenden Arbeitsverhältnisse erachtet sind, noch ein Arbeitsvertrag zum Abschluß gelangt ist. Die Arbeitsverhältnisse konnten gundlichlich jede Verbindung ab. Die Hinzuziehung von Militär erfolgte ohne die erforderliche Genehmigung des Landrats und des Arbeitsnachweises. Eine kommissarische Untersuchung des Falles ist veranlaßt.

## Deutsches Reich.

### Gegen Neuerseinerungen von Zeitungen.

Berlin, 26. August. Verordnung betreffend Abänderung und Ergänzung der Verordnung vom 3. März 1919. Der Paragraph 3 der Verordnung vom 3. März 1919 erhält folgende Fassung:

„Das Neuerseineren von Tageszeitungen und periodischen Druckchriften ist verboten. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des Oberkommandos.“

Der Oberbefehlshaber, Kasse. Bisher war bereits das Neuerseineren von Tageszeitungen abhängig von der Genehmigung des Oberkommandos. Da in der letzten Zeit Berlin mit einer Reihe von periodischen Druckchriften überflutet worden ist, die meist verlegenden oder unbilligen Inhalt haben, ist eine Kontrolle auf dieser Zeitchriften notwendig geworden.

### Verband Deutscher Exporteure.

Berlin, 26. August. Der Verband Deutscher Exporteure hielt in Berlin eine Sitzung unter Bekitigung von Vertretern der ihm angeschlossenen Exporteurevereine aus allen Teilen des Reichs ab. Nach Genehmigung des Jahresberichts und der Abrechnung wurden verschiedene organisierte Fragen erledigt. Auf Anregung der Reichsregierung soll der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft des deutschen Handels, entsprechend der gleichen Organisation der Zentralvereine und eine Einladung an die übrigen Zentralverbände des Handels zu gemeinschaftlicher Erörterung dieser Frage ertalassen werden. Für den jetzt in Angriff zu nehmenden Wiederaufbau des Exportgeschäftes wurden eine Anzahl Richtlinien aufgestellt, die den angeschlossenen Firmen zur Daranachachtung empfohlen werden. Wenn auch ein Teil der Ausfuhrerträge und der sonstigen den Ausfuhrerträgen kommenden Bestimmungen eingehalten worden sind, so sind doch noch außerordentlich viele Exporterträge besten gehalten, die, besonders bei den jetzt bereits in größerer Anzahl auf von Uebersie eintreffenden Aufträgen sich als zum Teil unüberwindliche Hindernisse für die Wiederanknüpfung der Geschäftsbeziehungen erweisen. Auf Grund des unvollständigen, bei dem Verbände eingereichten Materials, wird beschlossen, mit aller Entschloßtheit auf baldige Beilegung aller dieser Schranken hinzuwirken, damit der Exporthandel endlich wieder seine für die Gesamt-Wirtschaft gerade unter jetzigen Verhältnissen so bedeutungsvollen Aufgaben erfüllen kann.



